

# Herzenssache

Wer die dramatischen Zustände kennt, kann nicht länger von Faulenzern reden – Soligruppen geben den Krisenopfern ein Gesicht. *Von Ines Wallrodt*

*Solidaritätskomitees kämpfen gegen Selbstgerechtigkeit und Vorurteile der Deutschen an, auch Gewerkschafter sind dabei. Von ihren Führungen kommen neben solidarischen Äußerungen aber auch zweideutige Signale.*

Schon der Gedanke, der Redewunsch könnte abgelehnt werden, regt Lampros Savvidis mächtig auf: »Es steht eine Schicksalswahl bevor, die müssen doch Verständnis haben«, schimpft der aus Griechenland stammende Berliner leidenschaftlich gegen die mögliche Ignoranz der Veranstalter der kritischen Agrardemonstration am Sonnabend. Das Berliner Solibündnis für Griechenland will dort mit ein paar Großpuppen eigene Akzente setzen, denn parallel zu dieser Großveranstaltung wird an diesem Tag kein anderes Anliegen Schlagzeilen machen können. Schon gar nicht »Solidarität für die Krisenopfer«. Die Aktion muss aber an diesem Wochenende stattfinden, denn sie folgen damit einem internationalen Aufruf aus Griechenland, rund eine Woche vor der Wahl einen Politikwechsel zu unterstützen. Das griechische Netzwerk von Selbsthilfegruppen Solidarity4all, das von der linken Partei SYRIZA finanziert wird, hat ihn im Dezember gestartet, als klar wurde, dass es vorgezogene Neuwahlen geben wird. Über Facebook verbreitet »Griechenland entscheidet« alternative Informationen extra für die Bundesrepublik. Solidaritätsgruppen

versuchen nun trotz der Kürze der Zeit, etwas auf die Beine zu stellen. Eine überregionale Aktion wird es allerdings nicht geben.

Wie Savvidis, der zwar in der LINKEN Politik macht, aber nicht auf Parteiticket hier ist, sind es nicht offizielle Vertreter von Großorganisationen, die Anfang der Woche ihre Griechenlandsoliaktion im Hinterzimmer des griechischen Restaurants Terzo Mondo vorbereiten, eine traditionsreiche Adresse am Savignyplatz. Vorne begrüßt Inhaber Kostas Papanastasiou, bekannt als Wirt aus der »Lindenstraße«, seine Gäste mit Handschlag. Es sind engagierte Einzelpersonen, die jeweils weitere Einzelpersonen kennen, deren Herz angesichts der Katastrophe in Griechenland blutet. Sie kommen aus Gewerkschaften oder von Attac, der VVN, der Linkspartei oder auch der griechischen Community und bilden eine ungewöhnliche Mischung: bodenständige Gewerkschaftskempen um die 60 und hippe junge Frauen, die Kulturwissenschaft oder Philosophie studiert haben, und die, das ist nicht selbstverständlich, dennoch eine gemeinsame Sprache finden.

Der kleine Kreis hat einige Mühe, ihren deutsch-griechischen Mitstreiter zu zügeln. Die Mehrzahl ist nicht sehr optimistisch, dass sie so kurzfristig noch ein paar Minuten auf einer Kundgebung bekommen werden, die seit Monaten von mehreren Dutzend Organisationen geplant wird. Auch von denen werde nicht jeder zu Wort kommen können, meint Hans Köbrich, der seit 20 Jahren im Berliner AK Internationalismus der IG Metall aktiv ist. Der ehemalige Betriebsrat

Griechenland bekannt zu machen, das Ausmaß der Verwüstungen, die die Troika und ihre Athener Gefolgsleute hinterlassen haben. Wer das weiß, könne nicht länger von Faulenzern reden, glauben sie. Es ist eine sehr humanistische Annahme.

Für die Demo fehlen noch Rede und Flugblatt. Einer skizziert aus dem Stehgreif einen Text, beinahe wäre das so durchgegangen, aber dann wirft doch jemand ein Problem auf und die Diskussion ist eröffnet: Sollte man von dem durch die Troikapolitik noch gewachsenen Schuldenberg reden? Geht man damit nicht den Schuldenbremsenideologen auf den Leim? Sind Ausdrücke wie Finanzkolonialismus zu drastisch? Darf man Merkel vorwerfen, das Ziel der Austeritätspolitik sei nicht erreicht worden, wenn es doch nie das Ziel war, den Griechen auf die Beine zu helfen?

Auch in anderen Städten gibt es Solidaritätskomitees. Der Austausch mit gewerkschaftlichen, sozialen und politischen Initiativen, Besuche und Gegenbesuche, machen den Großteil ihrer Unterstützung aus. Sie geben den Krisenopfern Gesicht und Stimme. In Köln arbeitet eine Gruppe seit zwei Jahren zusammen. Gedacht als überparteilicher Zusammenschluss unterstützen doch ausschließlich Linke aus antirassistischen, antifaschistischen, gewerkschaftlichen Zusammenhängen oder dem Linksparteiumfeld die Arbeit. »Leider sehr wenige Menschen mit persönlichem Bezug zu Griechenland«, wie Konstantin Koustas bedauert.

Koustas, der seit den 70er Jahren in Deutschland lebt, hat Freunde und Verwandte in Griechenland. Zuletzt war er im November dort und entsetzt. Kaum einer heize noch seine Wohnung, denn es fehlt das Geld. Beinahe hätte er drinnen mit Mantel gesessen, wollte aber seine Freunde nicht brüskieren. Also hat er zusammen mit ihnen gefroren. »Man merkt es nicht immer auf den ersten Blick, aber wenn man mit den Leuten redet«, sagt Koustas. Er kennt nicht nur eine erschütternde Geschichte, was die Zerschlagung des Gesundheitssystems in diesem EU-Land bedeutet. »Die Veränderungen sind schlimm«, sagt er schlicht.

Bei seinen Aufenthalten hat der Kölner aber auch den Widerstand erlebt. Ärzte in unabhängigen Sozialkliniken etwa oder die Arbeiter von Vio.Me in Thessaloniki, die ihre Fabrik besetzten, nachdem sie von den Eigentümern verlassen wurde, und seither selbstverwaltet produzieren. Das hat ihn dazu animiert, selbst etwas zu unternehmen. Das Kölner Solikomitee unterstützt vor allem die sozialen Selbsthilfeaktivitäten in Griechenland und will Falschinformationen und Hetze durch Medien und Politiker entgegentreten. »Wir versuchen aufzuklären, was Schuldenschnitt bedeutet oder die Austeritätspolitik«, sagt Koustas, der in einem kleinen ökologischen Betrieb angestellt ist.

Gespannt warten die Gruppen auf den Wahltag. Einige sammeln Unterschriften für einen Appell, der die Griechen ermutigen soll, den Einschüchterungsversuchen aus Berlin zu widerstehen. Jeder Unterstützer muss 20 Euro überweisen, damit der Text als Anzeige in einer griechischen Zeitung erscheinen kann. Unter den vornehmlich jungen Griechen, die durch die Krise ins Ausland getrieben wurden, gibt es zahlreiche Anhänger von SYRIZA, die in Paris, New York oder auch Berlin für eine der Auslandsorganisationen der Partei aktiv sind. Nach dem überraschenden Aufstieg von SYRIZA im Sommer 2012 hätten viele Leute zum ersten Mal gesehen, dass ein Politikwechsel in Griechenland möglich ist, sagt Sofia Kousiantza. Das habe mobilisiert.

Die 36-jährige SYRIZA-Aktivistin, die seit 2008 in Deutschland lebt, sitzt mit am Tisch im Terzo Mondo. Für das Flugblatt vom Wochenende schlägt sie etwas historische Nachhilfe für die deutschen Leser vor. Sie will an die Bonner Konferenz von 1953 erinnern: »Ohne den Schuldenschnitt da-

mals hätte es das deutsche Wirtschaftswunder nicht gegeben«, betont Kousiantza. Das sei doch ein überzeugendes Argument gegen die Verurteilung dieses Instruments.

Die etwa 30 Berliner SYRIZA-Aktivistinnen engagieren sich auch in der Griechischen Gemeinde. An der Spree kommt die Tsipras-Partei ebenfalls gut an. Bei der letzten Wahl in der Gemeinde ist die neue linke Liste stärkste Kraft geworden. Neben der Soliarbeit im Bündnis organisiert SYRIZA Berlin ganz praktisch Stimmen für die Wahl. So sollen Spenden aus Deutschland SYRIZA-Anhängern mit niedrigem Einkommen helfen, einen Flug nach Griechenland zu bezahlen. Briefwahl für die Auslands griechen gibt es nämlich nicht.

Die Solibündnisse verzichten dagegen auf explizite Wahlaufrufe. Griechenland-Soli bedeutet nicht automatisch SYRIZA-Soli. Es gibt auch Skepsis – gegenüber Parteien und Parlamentarismus oder auch nur über die realen Möglichkeiten, aus dem neoliberalen Block auszuscheren.

In Deutschland ist man von einem Aufbruch wie in Griechenland weit entfernt. Umso größer sind die Hoffnungen in der Linken, dass die Griechen helfen könnten, etwas in Bewegung zu bringen. Wenn SYRIZA es schafft, könnte das ähnliche Entwicklungen in Portugal und Spanien befeuern und schließlich in ganz Europa eine Wende einleiten. Aber natürlich, ein Scheitern sei ebenso möglich, selbst wenn Tsipras gewinnt, zügeln die Soliaktivisten zu viel Euphorie. Und doch. Gänzlich unterdrücken lässt sich eine freudige Unruhe nicht. Und so ist es doch ein optimistischer Ausblick, der so oder so ähnlich auf dem Transparent des Berliner Solibündnisses stehen soll: »Change in Greece – chance for Europe«. »Was in Griechenland passiert, hat auch mit uns hier zu tun«, insistiert eine junge Frau. Die Runde nickt eifrig und plant bereits Veranstaltungen für die Wochen nach der Wahl. Die politische Auseinandersetzung ist mit dem 25. Januar nicht gewonnen, sondern geht dann erst richtig los.

## Kritische Solidarität

Gewerkschaften fordern einen Kurswechsel in Europa, außer bei den Schulden. *Von Jörn Boewe*

Bundesregierung, Finanzmärkte und Leitmedien sind nervös: Jüngsten Umfragen zufolge dürfte die griechische Linkspartei Syriza bei den vorgezogenen Parlamentswahlen Ende Januar stärkste Partei werden. SYRIZA strebt einen Bruch mit der vor allem von Berlin verordneten Sparpolitik an. Einen solchen Kurswechsel in der Eurozone fordern seit Jahren auch der DGB und seine Mitgliedsorganisationen. Doch neben solidarischen Äußerungen kommen aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch zweideutige Signale.

Als erster hatte sich in der vergangenen Woche Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, zu Wort gemeldet. »Einen Schuldenschnitt halte ich wirtschaftlich und politisch für falsch«, sagte der führende DGB-Makroökonom dem »Handelsblatt« im Hinblick auf einen möglichen SYRIZA-Wahlsieg. Sein Argument: Ein solcher Schritt dürfte »sowohl für Griechenland als auch für die übrigen Krisenländer sofort zu erhöhten Risikoprämien« führen, »was deren Erholung weiter erschweren würde«. Zwar gebe es auch richtige Forderungen im SYRIZA-Programm – »beispielsweise, den harten Austeritätskurs zu verlassen und damit die Binnennachfrage zu entlasten«. Eine Reduzierung der Verbindlichkeiten sei jedoch heikel, weil »die Eurozone damit signalisieren würde, dass Staatsanleihen im Euroraum keine sichere Anlage sind«, bekräftigte Horn gegenüber dem Fernsehsender n-tv.

Auch ver.di-Chefökonom Dierk Hirschel äußerte sich skeptisch über einen möglichen Schuldenschnitt für Griechenland. »Solange der Zins über der Wachstumsrate liegt, steigt die Verschuldung ungehindert weiter«, schrieb er in einem Gastbeitrag für das »nd«. »Wichtiger als alles Andere« sei stattdessen eine »Abkehr von der neoliberalen Schocktherapie«. Hier sieht der ver.di-Mann auch seine eigene Organisation und die deutschen Gewerkschaften insgesamt in der Pflicht. »Der Schlüssel für einen griechischen Politikwechsel liegt in Rom, Paris und Berlin«, sagte Hirschel auf »nd«-Nachfrage. Die Regierung Merkel habe aber bereits klargestellt, dass sie den

Kredithahn abdreht, wenn der Sparkurs nicht fortgesetzt wird. Folglich sollten die Gewerkschaften in den Gläubigerstaaten versuchen, ihre Regierungen unter Druck zu setzen, »um einer neuen griechischen Regierung den notwendigen Handlungsspielraum zu ermöglichen«.

Klare Worte fand auch der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, gegenüber »Spiegel Online«. Bei der Wahl in Griechenland handele es sich »um einen demokratischen Prozess, den man respektieren muss« und bei dem »über eine verfehlte Sparpolitik abgestimmt« werde, »die vor allem Deutschland vorangetrieben hat«. Scharf kritisierte der DGB-Chef die Einmischung von Bundesregierung und Teilen der Medien in den griechischen Wahlkampf: »Kommentierungen, wie es sie jetzt gibt, würde sich jede deutsche Partei verbitten.« Hoffmann betonte, die Bevölkerung in dem südeuropäischen Land dürfe nicht länger »durch ständige Einschnitte für Fehler bestraft werden, die bei der Aufnahme in die Eurozone gemacht wurden«.

Die größte deutsche Industriegewerkschaft, die IG Metall, hat sich bislang nicht zur Griechenland-Wahl geäußert. Allerdings steckt sie mitten im Auftakt ihrer Tarifrunde. In der Vergangenheit hatten die Metaller das Troika-Spardiktat für Griechenland stets scharf verurteilt. Und sie beließen es nicht bei Worten: Über ihren internationalen Dachverband IndustriALL leisteten sie praktische Unterstützung für ihre griechischen Kollegen, die sich gegen die Folgen der Austeritätspolitik wehrten. So etwa mit einer Solidaritätskampagne für die streikenden Arbeiter der Skaramanga-Werft, die seit zwei Jahren für austehende Löhne kämpfen.

Nach einer Werksbesetzung 2012 wurden zehn Gewerkschafter inhaftiert und angeklagt, darunter auch der Vorsitzende der griechischen Metallgewerkschaft POEM, Jannis Stefanopoulos. Führende europäische Gewerkschafter, darunter das damalige IG-Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer, flogen 2013 zum Prozessauftritt nach Athen. Im Mai 2014 wurden die Gewerkschafter freigesprochen.



Foto: dpa/Michael Kappeler